

DIE DDR IM SPIEGEL DES LINKSEXTREMISMUS

Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Zukunft gestalten

UDO BARON || Mit der deutschen Einheit hat auch die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte begonnen. Neben Demokraten versuchen auch linksextremistisch beeinflusste Parteien und Organisationen, Einfluss auf die Interpretation der DDR-Geschichte zu nehmen. Der folgende Beitrag geht diesen Einflussversuchen und der Frage nach, ob künftig auch von einem linksextremistischen Geschichtsrevisionismus gesprochen werden muss.

EINLEITUNG UND FRAGESTELLUNG

Die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ist in Deutschland vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Verbrechen seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von zentraler politisch-gesellschaftlicher Bedeutung geworden. Mit dem Ende der DDR setzte 1990 auch die Aufarbeitung der Geschichte der zweiten Diktatur auf deutschem Boden ein. Seitdem hat sich im vereinten Deutschland eine umfangreiche Aufarbeitungslandschaft auf juristischer, politischer und gesellschaftlicher Ebene herausgebildet. Zahlreiche Einrichtungen wie die beiden sich mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur beschäftigenden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages oder die von ihnen auf den Weg gebrachte Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur widmen bzw. widmen sich ebenso wie diverse wissenschaftliche Einrichtungen und unabhängige gesellschaftliche Aufarbeitungsinitiativen dieser Herausforderung.

Unter dem Deckmantel der Aufarbeitung verbergen sich aber auch Einrichtungen, denen es nicht um Aufklärung über die SED-Diktatur geht, sondern in erster Linie um deren nachträgliche Legitimierung und Verklärung. Ihr Weltbild ist bis heute noch weitgehend ein marxistisch-leninistisches. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach der Rolle und Funktion der DDR im Linksextremismus des vereinigten

Deutschlands. Welche Geschichtsbilder versuchen Linksextremisten über die DDR zu etablieren? Welche Ziele verfolgen sie damit? Gibt es einen linksextremistischen Geschichtsrevisionismus?

DDR-MYTHEN UND LEGENDEN

Der Mensch neigt dazu, Vergangenes eher zu verklären, als sich kritisch mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Heute sind es mit Blick auf die DDR und den sogenannten real existierenden Sozialismus in erster Linie Marxisten-Leninisten, die über den untergegangenen Staat DDR Mythen und Legenden in die Welt setzen, diese anreichern und bedienen, bis sie sich in den Köpfen der Menschen als (vermeintliche) Tatsachen niederlegen.

Dogmatischen Linksextremisten kommt es darauf an, ein positives DDR-Bild zu zeichnen. Sie behaupten, die DDR sei der bessere deutsche Staat gewesen, da er angeblich antifaschistisch, sozialer und friedliebender als die Bundesrepublik gewesen sei. Zudem hätte die DDR ihren Bürgern vor allem Vollbeschäftigung, Bildung, Kinderbetreuung und kostenlose Gesundheitsfürsorge geboten und Kriege geächtet.¹ In dem bis heute gültigen Parteiprogramm der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) vom 8. April 2006 zählt daher die DDR „zu den größten Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung“.²

Die Mythen- und Legendenbildung um die DDR besagt beispielsweise, die Berliner Mauer habe den 3. Weltkrieg verhindert. So heißt es in den DKP-Nachrichten vom August 2013, mit der Mauer wurde „den konterrevolutionären Bestrebungen der BRD-Machthaber zur Beseitigung der DDR [...] ein unüberwindlicher Wall entgegengesetzt“ und dadurch „tatsächlich der Frieden in letzter Minute gerettet“.³ Pauschalierend wird so der Mauerbau als ein Produkt des Kalten Krieges – ein weiterer Mythos – sowie der nach dem Zweiten Weltkrieg neu entstandenen bipolaren Weltordnung und der sie dominierenden Supermächte USA und Sowjetunion dargestellt. Dadurch soll der von ihr ausgehende Schrecken nicht nur relativiert werden, sondern zugleich die Verantwortung für ihre Existenz von der SED auf den für alles verantwortlichen Kalten Krieg und somit auf die Sowjetunion und die USA delegiert werden. Zugleich wird die Legende verbreitet, dass die Bundesrepublik ihre sozialen Errungenschaften letztendlich der DDR zu verdanken habe, da die DDR „bei Tarifgesprächen als unsichtbarer Verhandlungspartner mit am Tisch saß“ und nur aus diesem Grunde das „Kapital [...] zu manchen Zugeständnissen“ bereit war. Auch die „faktische Abschaffung des sozialen Wohnungsbaus“ wäre „nicht möglich gewesen, gäbe es noch den Konkurrenten von jenseits der Elbe“.⁴ Die hinter dieser Mythen- und Legendenbildung stehende Absicht ist unübersehbar: Alle Verantwortung für die Entwicklung in der DDR soll von der SED auf den Kalten Krieg geschoben, das SED-Regime verharmlost, seine Verbrechen relativiert und das Leben in der DDR nachträglich verklärt werden. Dadurch soll die DDR als der bessere deutsche Staat dastehen und im Nachhinein eine DDR-Identität geschaffen werden, die es so zu DDR-Zeiten nie gegeben hat.

Um von den eigenen Verantwortlichkeiten abzulenken, versuchen dogmatische Linksextremisten andererseits, die Bundesrepublik und den Westen als Sündenböcke darzustellen. Nicht 40 Jahre DDR-Sozialismus, sondern die Politik der Bundesrepublik und der Transformationsprozess werden für alle Probleme in den neuen Ländern verantwortlich gemacht. Mit dieser Vorgehensweise versuchen ihre Initiatoren, nach-

träglich eine „heile Welt der SED-Diktatur“ zu zeichnen, die vom „bösen“, weil kapitalistischen Westen aus niedrigem Anlass zerstört wurde. Die DDR wird in Abgrenzung zum „dekadenten“ Westen von dogmatischen Linksextremisten als ein „historisch legitimer“ Versuch dargestellt, der nicht an einer möglicherweise fehlerhaften und unmenschlichen Ideologie gescheitert ist, sondern nur an deren mangelhafter Umsetzung. Damit soll die kommunistische Utopie von der Realität abgekoppelt werden, um so einen künftigen zweiten Anlauf zum Sozialismus / Kommunismus zu legitimieren.

Der bedeutendste und bis heute nachhaltigste Mythos ist der von der antifaschistischen DDR. Er ist ihr Gründungsmythos und hatte bereits zu DDR-Zeiten den Charakter eines Glaubensbekenntnisses angenommen. Dogmatische Linksextremisten behaupten bis heute, dass „Faschismus und Militarismus“ in der DDR vollständig „ausgerottet“ worden seien. Die Realität sah dagegen anders aus. So weisen führende Funktionäre der SED und ihrer Blockparteien eine NS-Vergangenheit auf, u. a. waren der letzte DDR-Umweltminister Hans Reichelt und der frühere Kulturminister Hans Bentzien eingetragene NSDAP-Mitglieder gewesen. In einstigen NS-Hochburgen sorgte die SED zudem für eine zügige Integration ehemaliger NSDAP-Mitglieder. Gehörten 1948 beispielsweise in Thüringen schon 5,3 % der SED-Mitglieder zuvor der NSDAP an, stieg ihr Anteil bis 1954 auf 8,6 %. In Magdeburg waren es sogar 12,5 %, in Erfurt 15,4 %. Einschließlich der Hitler-Jugend (HJ) und dem Bund Deutscher Mädel (BDM) hatten 1954 in Erfurt 35,8 % der SED-Mitglieder eine NS-Vergangenheit.⁵

Es überrascht daher nicht, dass ehemals führende Nationalsozialisten an zentralen Stellen beim Aufbau der DDR mitwirkten. Vincenz Müller, ehemaliger Generalleutnant der Wehrmacht, baute z. B. die Kasernierte Volkspartei und die Nationale Volksarmee (NVA) auf; Arno von Lenski, Richter am Volksgerichtshof von Roland Freisler, war für den Aufbau der Panzertruppen der NVA zuständig.⁶ Im Jahre 1965 sollen noch 53 Abgeordnete der DDR-Volkammer einen NS-Hintergrund gehabt haben. 12 waren sogar Mitglieder und Kandidaten des

ZK der SED und 2 Mitglieder des Staatsrates der DDR gewesen, 5 von ihnen hatten Länderministerposten innegehabt.⁷

Ehemalige NS-Funktionäre wirkten aber nicht nur in Politik und Gesellschaft der DDR mit, manche von ihnen wurden auch für Schauprozesse – wie sie z. B. 1950 in Waldheim stattgefunden haben – benutzt und / oder für eine Zusammenarbeit mit dem MfS gewonnen bzw. erpresst. Zugleich hatte die DDR zu keiner Zeit ein ernsthaftes Interesse, die Strukturen des NS-Staates systematisch zu beschreiben und nachhaltig zu analysieren.⁸

Obwohl in der letzten Phase der DDR kaum mehr zu übersehen, wurde von offizieller Seite bis zuletzt die Existenz rechtsextremistischer Strömungen und Gruppierungen geleugnet. Daran änderte auch der Überfall von Skinheads auf ein Punkkonzert in der Ost-Berliner Zionskirche am 17. Oktober 1988 ebenso wenig wie eine Studie des Leipziger Instituts für Sozialforschung aus dem Jahre 1988, in der das Akzeptanz- und Sympathiepotenzial bei DDR-Jugendlichen für die NS-Ideologie auf 15-19 % veranschlagt wurde.⁹ Ein Abdruck einer Analyse des DDR-Bürgerrechtlers Konrad Weiß, die im März 1989 in der Untergrundzeitschrift „Kontext“ veröffentlicht wurde und u. a. rechtsextremistische Übergriffe in der DDR auflistete als auch dem Phänomen des Rechtsextremismus im zweiten deutschen Staat nachging, wurde vom Presseamt der DDR verboten.¹⁰ Erst während der friedlichen Revolution 1989/90 reagierte die SED offiziell auf den Rechtsextremismus in der DDR. So nahm sie die Schmierereien am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow am 28. Dezember 1989 zum Anlass, vor einem aufkeimenden „Neofaschismus“ zu warnen. Zu diesem Zeitpunkt diente ihr der Antifaschismus und die Warnung vor einem Rechtsextremismus in der DDR als Argumentationshilfe für die von ihr beabsichtigte Weiterexistenz einer Staatssicherheit in Form eines Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS).

DIE DDR-GESCHICHTE IM DOGMATISCHEN LINKSEXTREMISMUS

Die linksextremistische Auseinandersetzung mit Geschichte im Allgemeinen und der DDR-Geschichte im Besonderen findet in erster Linie

im dogmatischen, d. h. im marxistisch-leninistisch orientierten Linksextremismus statt. Gemeint sind damit heute insbesondere die DKP, die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) und die extremistischen Zusammenschlüsse der aus der SED hervorgegangenen Partei Die Linke wie die Kommunistische Plattform (KPF) oder das Marxistische Forum (MF).

Printmedien und Verlage

Eine herausgehobene Stellung in der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte nehmen linksextremistische Printmedien ein. Vor allem das ehemalige Zentralorgan der Freien Deutschen Jugend (FDJ) der DDR, die „Junge Welt“, versteht sich als „eine linke, marxistisch orientierte, überregionale Tageszeitung“¹¹ und zählt frühere hohe Funktionsträger der SED-Diktatur wie beispielsweise den letzten DDR-Staatsratsvorsitzenden Egon Krenz oder den letzten SED-Ministerpräsidenten Hans Modrow zu ihren Autoren. Zwar behauptet sie, „über die Geschichte der sozialistischen Länder wird kritisch [...] berichtet“.¹² Was sie dabei unter kritisch versteht, hat sie auf ihrer Titelseite vom 13./14. August 2011 deutlich gemacht, als sie bezogen auf den 50. Jahrestag des Mauerbaus provokativ titelte: „Wir sagen einfach mal: Danke.“

Dem Politikwissenschaftler Norman Bock zur Folge stehen drei Thesen für die Autoren der Jungen Welt, die wie ihr Chefredakteur Arnold Schölzel alias IM „André Holzer“ durchaus auch einen IM-Hintergrund haben können, zur Rechtfertigung der SED-Diktatur im Mittelpunkt: 1. Ursache der friedlichen Revolution von 1989/90 war der Verrat durch die politische Führung der Sowjetunion. 2. Reformorientierte Kräfte innerhalb der SED hätten einen internen Putsch organisiert und somit jegliche Chance auf einen Fortbestand der DDR verspielt. 3. Mit der deutschen Einheit erlebt der deutsche Imperialismus eine Renaissance.¹³

Ein weiteres Printmedium mit marxistisch-leninistischer Ausrichtung stellt der „RotFuchs. Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland“ dar. Sein Chefredakteur Klaus Steiniger gehörte zwischen 1967 und 1992 der Redaktion des „Neuen Deutschland“, dem

Zentralorgan der SED, an. Der „RotFuchs“ versteht sich als eine „unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik, Kultur und Wissenschaft“.¹⁴ Der sich als revolutionäre Zeitschrift verstehende „RotFuchs“, gegründet 1998 von der DKP-Gruppe Berlin-Nordost als politisch-theoretische Monatsschrift, lehnt einen „modernen Reformsozialismus“ strikt ab, da dieser im Rahmen des bestehenden Systems agiere und somit bereits Teil des Kapitalismus sei. Die Wiedervereinigung bezeichnen seine Autoren als einen „Sieg der Konterrevolution“.¹⁵ Nicht viel anders verhält es sich mit der zur Eulenspiegel Verlagsgruppe gehörenden „edition ost“, deren Mitbegründer und Verlagsleiter Frank Schumann bis 1989 inoffizieller Mitarbeiter des MfS unter dem Decknamen „Karl“ war.¹⁶ In dem Verlag veröffentlichen insbesondere ehemalige Funktionäre des Macht- und Herrschaftsapparates der DDR wie Egon Krenz, der langjährige DDR-Verteidigungsminister Heinz Keßler oder der stellvertretende MfS-Minister Wolfgang Schwanitz ihre Geschichtsbilder. Zudem nutzen vor allem ehemalige Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit wie Gotthold Schramm oder Klaus Eichner den Verlag für ihre Apologie von SED und MfS.¹⁷ Printmedien wie die „Junge Welt“ und Verlage wie die „edition ost“ bemühen sich, eine Gegenöffentlichkeit zu den gesamtgesellschaftlichen Geschichtsdebatten zu schaffen und streben nach der Deutungshoheit über die DDR-Geschichte.

DKP, MLPD und Die Linke

Vor allem für linksextremistische Parteien mit einem geschichtsdeterministischen Weltbild, wie es die DKP pflegt, spielt die Verklärung der DDR-Geschichte bis heute eine zentrale Rolle. So formuliert der DKP-Vorsitzende Patrick Köbele pathetisch über die DDR: „Wir haben Genossinnen und Genossen, die einen Staat aufbauten, in dem sie Großkapital und Junker entmachteten und enteigneten, Antifaschismus und Frieden wurden Staatsdoktrin. Ein Bildungssystem ohne Klassenschranken und Nazilehrer aufgebaut, das Recht auf Arbeit wurde verwirklicht, internationale Solidarität nicht gepredigt, sondern geübt. Am Ende zu schwach und trotzdem die größte Errungenschaft der Arbeiterklasse Deutschlands, die Deutsche Demokra-

tische Republik.“¹⁸ Die deutsche Einheit stellt dagegen nur ein „Ergebnis der äußeren und inneren Konterrevolution“ dar.¹⁹ Aus diesem Grunde wird die DDR-Geschichte weiterhin ausschließlich marxistisch-leninistisch interpretiert, ihre vermeintlichen Errungenschaften gepriesen und ihre Verbrechen geleugnet.

Auch die MLPD beurteilt die DDR-Geschichte aus einer marxistisch-leninistischen Perspektive, kommt dabei aber zu ganz anderen Ergebnissen. Sie orientiert sich an dem von ihr propagierten „wahren Sozialismus.“ Diesen assoziiert sie mit dem Stalinismus und lehnt daher andere sozialistische Systeme, wie sie die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten Staaten seit dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 verkörperten, ab. Aus diesem Grunde kritisiert sie im Gegensatz zur DKP die DDR heftig. Sie sieht in der SED eine Verräterin an der Arbeiterklasse und in der SED-Diktatur einen entarteten Sozialismusversuch.²⁰

Im Zentrum dieser Auseinandersetzung steht aber vor allem eine Partei: Die Linke. Als Nachfolgepartei der PDS und Rechtsnachfolgerin der SED hat sie bewusst deren Gelder, Mitglieder und Traditionen nach 1989 übernommen. Personell setzt sie sich neben westdeutschen Linksextremisten, die vornehmlich aus der DKP und den K-Gruppen stammen, zu einem nicht unerheblichen Teil aus ehemaligen Funktionären und Mitläufern der SED, ihrer Blockparteien und Massenorganisationen zusammen. Sie alle haben ihre weitgehend marxistisch-leninistisch geprägten Weltbilder, ihren Geschichtsdeterminismus und ihre damit verbundenen Lebenserfahrungen in diese Partei eingebracht und prägen sie damit bis heute nicht unwesentlich. Aus diesem Grunde war und ist die Auseinandersetzung mit der Geschichte im Allgemeinen und der DDR-Geschichte im Besonderen für die PDS bzw. Die Linke von zentraler Bedeutung. Nicht überraschend hat deshalb auch Die Linke bei ihrer Gründung 2007 die bereits 1990 von der PDS eingerichtete Historische Kommission aufgegriffen und weitergeführt.

Zur Notwendigkeit einer solchen Einrichtung hielt Die Linke in ihrem Beschluss vom 25. August 2007 fest: „DIE LINKE braucht eine ständig geführte, eigenständige Geschichtsdiskussion. Ein Verzicht darauf würde bedeuten,

dass einerseits dem Einfluss medial vermittelter Geschichtsinterpretationen politisch vorherrschender Kräfte nichts entgegengesetzt und andererseits die Konservierung überholter Geschichtsdeutungen in Teilen der Mitgliedschaft begünstigt wird.“ Schließlich definiert sich nach Meinung Der Linken auch „das Selbstverständnis der Partei [...] neben den aktuellen Problemen zu erheblichen Teilen über Geschichtsbilder und deren Interpretation“.²¹

Neben der Historischen Kommission existiert noch ein Ältestenrat als oberste parteiliche Autorität, der auch zur Auseinandersetzung mit der DDR Stellung bezieht.²² Mit Hilfe dieser beiden Einrichtungen will Die Linke vor allem die „globale Delegitimierung der DDR“ und der Biographien ihrer Mitglieder verhindern.²³ Auffallend ist, dass sich bis heute beide Einrichtungen insbesondere aus hochrangigen DDR-Funktionären zusammensetzen. So war der Vorsitzende des Ältestenrats, Hans Modrow, bekanntlich letzter SED-Ministerpräsident der DDR. Während Bruno Mahlow Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen beim ZK der SED und Mitglied der Zentralen Revisionskommission der SED war, fungierte Gregor Schirmer nicht nur als Abgeordneter der DDR-Volkskammer, sondern auch zeitweise als Stellvertreter des DDR-Ministers für Hoch- und Fachschulwesen. Der Vorsitzende der Historischen Kommission, Günter Benser, wiederum war stellvertretender Abteilungsleiter am Institut für Marxismus-Leninismus (IML) beim ZK der SED und dann Direktor des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA), dem Nachfolgeinstitut des IML.²⁴

Im Gegensatz zur DKP existiert in Der Linken, die sich als linke Strömungspartei versteht, ein Meinungsspektrum von apologetischen bis relativ kritischen Haltungen gegenüber der DDR, so dass auch kontroverse Geschichtsdebatten möglich sind.

Bereits 1990 hat sich die damalige PDS auf einen antistalinistischen Grundkonsens verständigt, der sich aber nie als ein antikommunistischer verstand.²⁵ Die extremistischen Zusammenschlüsse in der PDS / Die Linke wie die KPF widersprachen diesem Grundkonsens ihrer Partei und akzeptieren bis heute den Begriff Stalinismus nicht, da sie darin eine grundsätzli-

che Diskreditierung der DDR sehen. Aus diesem Grunde lehnten sie auch einen Gedenkstein für die „Opfer des Stalinismus“ auf dem Sozialistenfriedhof in Berlin-Friedrichsfelde kategorisch ab.

Vor allem Begriffe wie „Diktatur“ und „Unrechtsstaat“ als legitime Bezeichnungen für die DDR sorgen immer wieder für heftige parteiinterne Kontroversen. Anfang 2009 entbrannte ein heftiger Streit um die „20 Thesen“ der sächsischen Die Linke. Darin bezeichneten ihre Autoren die DDR als „Diktatur“, in der „viele ihrer Bürger Zwang, Angst, Hilflosigkeit und Unterdrückung“ erlebten. Zugleich warfen sie der DDR die „fortwährende Verletzung universaler Menschenrechte“ vor.²⁶ Mit diesen Aussagen rüttelten sie an den Grundfesten des Selbstverständnisses weiter Teile der Partei. Naturgemäß lehnten die innerparteilichen Bewahrer der reinen Lehre das Papier mit der Begründung ab, darin fände sich „kein Wort über gesellschaftliche Vorzüge des untergegangenen Sozialismus“ und keine „auch nur annähernd vergleichbare Bewertung des Kapitalismus“.²⁷

In Thüringen trägt die dortige Linkspartei in der Präambel des rot-rot-grünen Koalitionsvertrags unter der Überschrift „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ sogar die Bezeichnung mit, die DDR sei „eine Diktatur“ und „in der Konsequenz ein Unrechtsstaat“ gewesen, weil „jedes Recht und jede Gerechtigkeit für diejenigen verloren waren, die sich nicht systemkonform verhielten“. Die drei Parteien forderten „eine konsequente und schonungslose Aufarbeitung der Alltagsdiktatur“ und verständigten sich darauf, „nicht mit Organisationen, die das DDR-Unrecht relativieren, zusammenzuarbeiten“.²⁸ Der Konflikt innerhalb Der Linken war damit vorprogrammiert. Parteiintern löste diese Formulierung eine heftige Diskussion aus, da entsprechende Charakterisierungen noch immer an den Grundfesten des eigenen Selbstverständnisses rüttelten. Vor allem Vertreter ihrer extremistischen Strömungen sahen in dieser Vereinbarung eine „Kriminalisierung der DDR“ und charakterisierten sie als den „Kniefall von Thüringen“.²⁹ Sie warfen Der Linken vor, damit einen Kurswechsel von „der Verteidigung der Rechtmäßigkeit des Sozialismusversuchs hin zur Delegitimierung als ‚Unrechts-

staat“ vollzogen zu haben.³⁰ Den extremistischen Strömungen nahestehende Organisationen wie das Ostdeutsche Kuratorium der Verbände (OKV), das bislang ihre „Mitglieder zur Unterstützung der Partei Die Linke in allen bisherigen Wahlkämpfen aufgerufen“ hatte, brachten ihr „Erschrecken über eine pauschale Verurteilung der DDR als Diktatur und Unrechtsstaat zum Ausdruck“ und kündigten an, sollte „diese Auffassung auch der des Parteivorstandes entsprechen, wäre einer weiteren Zusammenarbeit damit jegliche Grundlage entzogen“.³¹ Selbst ihr damaliger Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag, Gregor Gysi, äußerte, bezogen auf den Begriff Unrechtsstaat: „Wir sind uns einig, diese Bezeichnung nicht zu verwenden.“³²

Im Verlauf der geschichtspolitischen Diskussionen innerhalb der PDS bzw. Der Linken hat sich seit 1990 ein Geschichtsbild herauskristallisiert, welches auf der einen Seite den Bruch mit dem Stalinismus, auf der anderen Seite aber die Hochachtung vor den positiven Errungenschaften der DDR und den Erfahrungen ihrer Bürger transportieren will. Dadurch soll der Eindruck vermittelt werden, die DDR sei nach den Erfahrungen mit dem Faschismus / Nationalsozialismus ein legitimer politisch-gesellschaftlicher Versuch gewesen. Dahinter steckt bis heute der Gedanke, sich die Option für einen erneuten Anlauf zum Sozialismus offenzuhalten.

Vor allem die Auseinandersetzungen um eine zutreffende Charakterisierung der DDR offensichtlichen zugleich den Spannungsbogen, in dem sich Die Linke bis heute bewegt. Einerseits muss sie sich objektiv mit den Verbrechen der SED-Diktatur befassen und auch öffentlich davon distanzieren, um im politischen Spektrum der Bundesrepublik akzeptiert zu werden. Andererseits kommt sie nicht umhin, große Teile der Partei, die aufgrund ihrer Biographien eng mit der SED verbunden waren, nostalgisch zu bedienen. Sie muss deren Geschichts- und Identitätsbilder pflegen, da sie diese weiterhin als Mitglieder und Wähler benötigt – auch wenn deren Anteil aufgrund ihres hohen Alters zunehmend rückläufig ist. Ebenso wie die DKP verstehen sich vor allem KPF und MF als deren Interessenvertreter. So versprach die innenpolitische Sprecherin Der Linken, Ulla Jelpke, sich

für die Interessen ehemaliger Mitarbeiter der Hauptabteilung Aufklärung (HVA) der DDR-Staatssicherheit einzusetzen, und lobte den „mutigen Einsatz [der HVA-Mitarbeiter] für den Frieden nach dem Ende der DDR.“³³

AUSBLICK

Blickt man auf die Auseinandersetzung im bundesrepublikanischen Linksextremismus mit der DDR-Geschichte, so lässt sich unschwer erkennen, dass dieses Thema für den dogmatischen Linksextremismus bis heute von zentraler Bedeutung ist. Geschichtsdebatten dienen ihm in erster Linie dazu, das SED-Regime im Nachhinein zu rechtfertigen, um dadurch einen zweiten Anlauf zum Sozialismus legitimieren zu können. Daher stellt sich die Frage, ob heute im Zusammenhang mit der Rezeption der DDR-Geschichte im dogmatischen Linksextremismus von einem linksextremistischen Geschichtsrevisionismus gesprochen werden kann. Folgt man der Begriffsdefinition der Bundeszentrale für politische Bildung, so ist Geschichtsrevisionismus ein „wesentlicher Bestandteil rechtsextremer Ideologien. Er verfolgt das Ziel, die Geschichtsschreibung zum Beispiel über den Nationalsozialismus aus politischer Motivation umzu- und so Verbrechen des NS-Regimes zu relativieren. Dem „Revisionismus geht es [...] nicht um eine wissenschaftliche und objektive Auseinandersetzung mit Geschichte. Stattdessen manipulieren Revisionisten häufig Fakten, um den Nationalsozialismus zu verharmlosen. Zu diesem Zweck werden beispielsweise historische Dokumente und Überlieferungen bewusst fehlinterpretiert, der eigenen Ansicht widersprechende Forschungsergebnisse ignoriert oder bestimmte Ereignisse komplett geleugnet.“³⁴

Überträgt man diese Definition auf den dogmatischen Linksextremismus, so lassen sich durchaus Übereinstimmungen erkennen. Lässt man die MLPD und ihre Motive dafür außen vor, so versucht er unverkennbar aus einer politischen Motivation heraus, die Geschichte des DDR-Sozialismus umzudeuten, seine (vermeintlich) „guten Seiten“ zu betonen und so dessen Verbrechen zu relativieren. So leugnet er z. B. bis heute den Schießbefehl an der Berliner Mauer und versucht, das SED-Regime und den DDR-Sozialismus weniger brutal und menschen-

verachtend erscheinen zu lassen, als sie es in Wirklichkeit waren.

Ob diese Aspekte ausreichen, um von einem linksextremistischen Geschichtsrevisionismus zu sprechen, muss die (noch ausstehende) intensive wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Rezeptionsgeschichte der DDR im bundesrepublikanischen Linksextremismus ergeben. Wenn dem aber so sein sollte, gilt es, dieser Entwicklung entschieden entgegenzutreten.

|| **DR. UDO BARON**

Referent im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, Hannover

ANMERKUNGEN

- ¹ Vgl. Lieberam, Ekkehard: Komplizierte Suche. Er rungenschaften und Defizite der DDR. Ihre Bedeutung für einen zukünftigen Sozialismus, in: Junge Welt, 2./3./4.10.2015, Beilage 25 Jahre Anschluss, S. 6-7, hier S. 7.
- ² Programm der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), <http://www.dkp-online.de/programm/>, Stand: 22.9.2015.
- ³ Andrä, Kurt: „Die Mauer“: Weshalb und wozu?, in: DKP-Nachrichten, 12.8.2013, <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2013/08/die-mauer-weshalb-und-wozu/>, Stand: 15.9.2014.
- ⁴ Köbele, Patrick: Besser als der beste Kapitalismus, in: Junge Welt, 2./3.10.2015, S. 12-13, hier S. 12.
- ⁵ Staadt, Jochen: Deutschland den Deutschen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.8.2015, S. 6.
- ⁶ Ex-Nazis an führenden Stellen, in: Focus, 8.5.2010, http://www.focus.de/politik/deutschland/tid-18178/sed-ex-nazis-an-fuehrenden-stellen_aid_505958.html, Stand: 11.10.2015.
- ⁷ Teschner, Dirk: Faschistische Vergangenheit in der DDR, in: Telegraph – Ostdeutsche Zeitung 3-4/1998, <http://www.antifa-nazis-ddr.de/n/10019451.011.php>, Stand: 13.10.2015.
- ⁸ Vgl. Jesse, Eckhard: Extremismus und Demokratie, Parteien und Wahlen. Historisch-politische Streifzüge, Köln / Weimar / Wien 2015, S. 98.
- ⁹ Chronik-Glossar: Rechtsextremismus in der DDR, in: http://www.chronikderwende.de/lexikon/glossar/glossar_jsp/key=cglrechtsextremismus+in+der+ddr.html, Stand: 13.10.2014.
- ¹⁰ Vgl. Weiß, Konrad: Die alte neue Gefahr. Junge Faschisten in der DDR, in: Kontext 5/1989, <http://www.bln.de/>, Stand: 20.10.2015.
- ¹¹ Selbstverständnis der Jungen Welt, in: https://www.jungewelt.de/ueber_uns/diese_zeitung.php, Stand: 30.9.2015.
- ¹² Ebd.
- ¹³ Vgl. Bock, Norman: Zwischen Verdrängung und Verklärung. Die „Junge Welt“ in der Auseinandersetzung mit der Geschichte des europäischen Kommunismus, Baden-Baden 2014, S. 270 ff.
- ¹⁴ Selbstverständnis des RotFuchs, in: <http://www.rotfuchs.net/zeitung/aktuell.html>, Stand: 30.9.2015.
- ¹⁵ Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Verfassungsschutzbericht 2012, Hannover 2013, S. 148.
- ¹⁶ Vgl. Fricke, Karl Wilhelm: „Offensive Desinformation“. Stasi-Geschichtsrevisionismus und historische Wahrheit, in: Die Politische Meinung 442/2006, S. 10-14, hier S. 14.
- ¹⁷ Vgl. Eichner, Klaus / Schramm, Gotthold (Hrsg.): Kundschafter im Westen. Spitzenquellen der DDR-Aufklärung erinnern sich, Berlin 2003.
- ¹⁸ Köbele, Patrick: Der Tag der Befreiung ist den Herrschenden ein Dorn im Auge, in: Unsere Zeit 3/2015, S. 4. [Fehler aus dem Original übernommen.]
- ¹⁹ Sozialismus ist heute nötiger denn je! Erklärung der DKP zum 25. Jahrestag der „deutschen Einheit“, in: DKP-Nachrichten, 26.9.2015, <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2015/09/sozialismus-ist-heute-noetiger-denn-je/>, Stand: 1.10.2015.
- ²⁰ Vgl. Bock: Zwischen Verdrängung, S. 64 f.
- ²¹ Bildung einer Historischen Kommission der LINKEN und Berufung ihrer Mitglieder. Beschluss des Parteivorstandes vom 25.8.2007, <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstande-archiv/parteivorstand-2007-2008/beschluesse/bildung-einer-historischen-kommission-der-linken-und-berufung-ihrer-mitglieder/>, Stand: 6.10.2015.
- ²² Vgl. Ältestenrat der Partei Die Linke: Anregungen zum Umgang mit der Geschichte vom 16.7.2008, <http://www.die-linke.de/partei/geschichte/anregungen-zum-umgang-mit-der-geschichte/>, Stand: 6.10.2015.
- ²³ Vgl. Lannert, Christian: Zwischen Utopie und Nostalgie. Die Geschichtsbilder der Partei Die Linke, in: Horch und Guck. Zeitschrift der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig 1/2014-15, S. 22-25, hier S. 22.
- ²⁴ Vgl. Biografische Datenbank der Bundesstiftung Aufarbeitung.
- ²⁵ Vgl. Jesse, Eckhard: Die Linke und ihre „Vergangenheitspolitik“, in: Horch und Guck. Zeitschrift der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig 1/2014-15, S. 14-17, hier S. 16. Die Linke ist heutzutage zwar keine kommunistische Partei mehr wie es die SED eine war, sie negiert aber weiterhin eine prinzipielle Kommunismuskritik.

- ²⁶ Die Linke in Sachsen: „Der Herbst 1989 in Sachsen“ – „Wir sind das Volk“ (Arbeitstitel). 20 Thesen zur Diskussion auf der Konferenz am 28.3.2009 in Dresden, www.dielinke-in-sachsen.de/tools/download.aspx?dok=FAEDE341-DDA0-4D4C-A3BC-6F04442A7684&tusg=AFQjCNFZH9ZZpbhSNFS3jiWzf5SkoI0yqg, Stand: 14.10.2014.
- ²⁷ Offener Brief der Kommunistischen Plattform in der Partei Die Linke, in: Junge Welt, 9.3.2009, S. 8.
- ²⁸ „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte (Sondierungen 2014), Anlage 1 zum Protokoll des 2. Sondierungsgesprächs zwischen DIE LINKE Thüringen, SPD Thüringen und Bündnis 90 / Die Grünen Thüringen vom 23.9.2014, abgedruckt bei: Lieberam, Ekkehard: Der Kniefall von Thüringen. Die LINKE und die Unrechtsstaat-Debatte – eine Dokumentation, Bergkamen 2014, S. 12 f.
- ²⁹ So der Titel einer Broschüre zu den Thüringer Koalitionsvereinbarungen von dem zum Marxistischen Forum gehörenden Ekkehard Lieberam.
- ³⁰ Lieberam: Komplizierte Suche, S 6.
- ³¹ Brief des OKV an die Bundesvorsitzenden und den Bundesvorstand der Partei DIE LINKE vom 2.10.2014, abgedruckt bei: Lieberam: Der Kniefall von Thüringen, S. 31. Das OKV ist ein Zusammenschluss von Organisationen, die weitgehend aus ehemaligen Funktionären der SED und ihrer Blockparteien und Massenorganisationen wie die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) bestehen.
- ³² Gregor Gysi in der ARD Tagesschau vom 30.9.2014, abgedruckt bei: Lieberam: Der Kniefall von Thüringen, S. 21.
- ³³ Stasi-Grußwort empört Union, http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/cdu-linke-stasi-grusswort-empuert-union_aid_510235.html, Stand: 15.9.2015.
- ³⁴ Glossar Revisionismus, in: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/173908/glossar?p=55>, Stand: 12.10.2014.